Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 11 3 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 51 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4664.

Nr. 517. Halle, Donnerstag, den 4. November 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Neue Putschgerüchte.

Der Gesetzentwurf betr. das Land Oberschlesien / Vor Unterzeichnung der Danziger Konvention.

So geht es nicht weiter.

Neue Putschgerüchte.

Deutschland gleicht noch immer bis zu gewissem Grade einem Hexenkessel oder einer chemischen Retorte, in der es brodelt und zischt, ohne daß man erkennen könnte, welcher Art das Ergebnis des auf Synthese gerichteten Prozesses sein könnte. Das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Elementen ist noch nicht erreicht, um einen neuen Kristall aus der Mischung entstehen zu lassen, der hart genug ist, unter inneren Spannungen nicht zu bersten. Gewiß sind die äußeren Formen des neuen Gebildes schon sichtbar, aber die an der äußersten Grenze der Formel gebundenen Elemente haben ihre revolutionären Energien beider Richtungen noch nicht auf die aufbauende Kraftentwicklung umgestellt, sondern schwanken noch, ob sie sich an der Bildung und Erhärtung des neuen Körpers beteiligen oder außerhalb desselben bleiben sollen.

Im Kristallisationsprozeß der deutschen Volksgemeinschaft sind diese unruhigen Elemente die übernationalistischen, die überradikalen Elemente, die beide die revolutionierende Tendenz so hoch werten, daß sie den Blick für die Wertung des Erreichten nicht mehr haben. Ihn n ist die dogmatische Form wichtiger, als das lebendige Leben, das das Dogma nur anerkennt, solange dadurch wenigstens Not und Hunger, Elend und Untergang vermieden und reale Werte geschaffen werden. Wenn ein Trotzki erklärt, es sei ihm gleichgültig, ob dreiviertel der russischen Bevölkerung am Hunger und im Winter sterben, wenn nur der bolschewistische Gedanke der Weltrevolution zum Siege geführt werde, so ist das ebenso Wahnsinn, als wenn unentwegte Anhänger des monarchistischen Staatsgötzen das Polizeiknüppel- und militaristische System gegen den Willen einer Volksmehrheit mit Gewalt wieder aufrichten wollen, dessen Sünden das gewaltige Anschwellen des sozialistischen Gedankens verursacht haben.

Glücklicherweise dringt in immer weitere Kreise die Erkenntnis, daß die Zeit vorbei ist, in der eine Minderheit der Volksmehrheit ihren Willen aufzwingen könnte und auch fast alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben anerkannt, daß die gegenwärtige Staatsordnung, die Verfassung in Weimar zum wenigstens solange anerkannt werden müsse, als sie nicht auf dem Wege der Evolution, also der Gewinnung einer Volksmehrheit durch Aufklärung umgeändert werden könne. Wenn diese Anerkennung ehrlich gemeint ist, so kann man mit ihr einigermaßen zufrieden sein, wenn weiter die Evolution in einer krampfloseren Form sich organisch entwickeln könnte. Wie die Dinge liegen, versucht man aber diese Evolution in einer Weise zu beschleunigen, die ungesund ist für einen an sich schon genügend geschwächten Volkskörper.

Die meisten unserer Politiker haben unter der aufpeitschenden Wirkung der Kriegsereignisse, die durch krankhaft überspannten Willen Ueberleistungen gezeigt hatte, den Blick und das Empfinden dafür verloren, daß unter normalen Verhältnissen zwischen der ordentlichen Durcharbeitung eines Problems, einer Idee und deren Umsetzung in die Tat eine gewisse gesundende, der menschlichen Leistungsfähigkeit angepaßte Zeitspanne liegen muß, deren Abkürzung ohne Schaden für das Ganze nicht möglich ist. Man möchte jetzt, zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, das schon wieder aufgebaut sehen, was vier Jahre des entsetzlichsten Mordens und der fürchterlichsten Zerstörung vernichtet haben.

Dieses mangelnde Verständnis für die Nutzbarkeit der Zeit und der zermürbten menschlichen Arbeitskraft, hat jene Nervosität gezeitigt, unter der wir zu einer realen Betrachtung der Entwickelungsmöglichkeiten nicht kommen können. Gut Ding will Weile haben, sagt ein altes Sprichwort. Die, die übergroße Eile haben, werden also keine gute Arbeit leisten können, sondern durch Ungeduld mehr Schaden als Nutzen anrichten können. Aus der Ungeduld resultiert weiter das Mißtrauen und auf diesem fernet die Arbeitsunlust derjenigen, die sich unter Einsatz ihres besten Wollens und Könnens für das Ganze einsetzen, ihre Arbeit aber durch unverständige Angriffe aus falschen Voraussetzungen oder oberflächlichen Beurteilungen ununterbrochen gehemmt und zerschlagen sehen.

Die nervösen Leute, die das Empfinden für Zeitnotwendigkeiten verloren haben und denen nichts von dem, was andere für sie leisten, schnell genug geht, sind es, die heute noch zu Putschen neigen, um die alten Verhältnisse wieder herzustellen oder neue, scheinbar bessere Grundlagen zu schaffen. Diese Leute sitzen ebenso ganz rechts, wie ganz links. Es sind die Kappisten und die Bolschewisten, die Extremen beider Seiten. Sie beunruhigen beide in gleicher Weise unser Wirtschaftsleben, weil sie der Evolution feindlich gegenüberstehen und beide als politisch-fantastische Hitzköpfe jede andere politische Ansicht für verrückt halten und mit Gewalt unterdrücken zu müssen glauben.

Von diesen Extremisten wird die Mehrheit des deutschen Volkes andauernd beunruhigt, weil jede agitatorische Bewegung der einen Seite sofort eine gleichstarke Gegenbewegung der anderen Seite auslöst. Neuerdings kommen wieder alarmierende Meldungen aus beiden Lagern.

Das „Hamburger Echo" veröffentlichte gestern folgende Meldung:

„Alles, was in Deutschland sich um das Hakenkreuz schart, die Orgesch organisiert und sich sonst dazu bekennt, hält den Tag für gekommen, um einen neuen gewaltigen Putsch gegen die Republik zu unternehmen. Den Monarchisten ist in der letzten Zeit der Kamm gewaltig geschwollen. Auf allen ihren Tagungen und Versammlungen redeten sie recht deutlich über ihre frechen Absichten, ein Zeichen, daß das geheime Fühlen und Arbeiten seit der Revolution, Truppen sonstiger Organisationen zusammenzubringen, nicht ohne Erfolg gewesen ist. Bayern hat die Führung in diesem verbrecherischen Plan, aber von dort aus hat das Unternehmen sich über ganz Deutschland ausgebreitet, das in Bezirke eingeteilt ist. Jeder Bezirk hat seine bestimmten Aufgaben.

Am 5. November

soll nach den übereinstimmenden Nachrichten, die uns mit detaillierten Angaben zugehen, der Putsch versucht werden. Die nationalistischen Anhänger werden jedoch ihre Rechnung ohne die Arbeiterschaft gemacht haben. Wie dem Kapp-Putsch, wird auch dem neuen Verbrechen von der Arbeiterschaft mit aller Entschlossenheit begegnet werden. Nur eines, das darf man jetzt schon sagen, wird sich diesmal ändern, die Arbeiterschaft wird die Verbrecher am Volk und an der Republik nicht wieder den bürgerlichen Behörden und Juristen zur Aburteilung überlassen, sondern sie wird selbst urteilen und die Urteile selbst vollziehen.

Der „Vorwärts" bemerkt dazu:

In der letzten Zeit gingen auch uns verschiedene Meldungen zu, in denen der 6. oder 7. November als Tag des geplanten neuen Rechtsputsches bezeichnet wurde. Die Regierung wird gut tun, diesen Gerüchten nachzugehen. Es ist nur zweierlei möglich: entweder ihnen liegen irgendwelche Tatsachen zugrunde, die möglicherweise übertrieben sein können, oder sie werden von irgend einer interessierten Stelle zum Zweck der Irreführung ausgesprengt.

Pflicht der bürgerlichen, besonders der rechtsstehenden Presse scheint es uns, die ihr nahestehenden Kreise vor Unbesonnenheiten zu warnen, die dem deutschen Volk nach dem Urteil aller Denkfähigen doch nichts anderes bringen könnten als neue Verluste an Gut und Blut. Die Sozialdemokratie hat alles getan, was sie tun konnte, und tut noch, was sie kann, um die Entwicklung des Reiches, dem Volkswillen entsprechend, in geordnete Bahnen zu leiten. Gegen Versuche, diese Entwicklung gewaltsam zu beeinflussen, wird sie ihren Mann stehen, wie sie ihn bisher stets gestanden hat."

Demgegenüber stehen die Redewendungen Däumigs auf dem kommunistischen Parteitag in Berlin, in denen es u. a. heißt: „Eine Wiedervereinigung mit denen, von denen wir uns jetzt getrennt haben, ist ausgeschlossen. **Wir müssen uns darauf einstellen, daß vielleicht noch in diesem Winter oder im Frühjahr der Kampf mit allen seinen entscheidenden Konsequenzen an uns herantreten wird.** In der Erreichung unseres Zieles, der Erringung der politischen Macht, wollen wir uns die blutigen Erfahrungen unserer russischen Brüder für die Zukunft zu eigen machen."

In diesen beiden Veröffentlichungen sind die Extreme deutlich gekennzeichnet, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Und warum nicht? Weil es sowohl rechts wie links auch in den Kreisen, die sich eigentlich durch die drohenden Gefahren zu einem festen Block der Ordnung zusammenschließen müßten, noch genug Leute gibt, denen man nicht recht trauen kann, weil sie zu offenkundig mit den genannten Extremen liebäugeln, statt ehrlich und klar von ihnen abzurücken. In dieser Hinsicht krankt der Kristallisationsprozeß der deutschen Volksgesamtheit tatsächlich an einer starken Unklarheit. Früher war der Deutsche stolz darauf, das klar und deutlich auszusprechen, was er meinte und dachte. Er hielt es mit dem Worte:

„Wenn die Wahrheit ein Aergernis ist, so geschehe das Aergernis und die Wahrheit werde gesagt!"

Heute glaubt man immer wieder wahrnehmen zu können, daß die Worte dazu da seien, um die Gedanken zu verbergen. Das führt zu dem Mißtrauen, daß das Volk zerklüftet und jene Extremen stützt. Daß es so nicht weitergehen kann, muß jeder einsehen, der keine Vogelstraußpolitik treiben will. Wir müssen unbedingt heraus aus der Unklarheit und in echt deutscher Weise mannhaft für das eintreten, was wir als das Beste erkannt haben, dann wird sich auch politisch der Mehrheitsblock bilden — hoffentlich von Stresemann bis Scheidemann —, der kraftvoll die von der monarchistischen, wie von der bolschewistischen Katastrophenpolitik drohenden Gefahren abwenden und die Regierungsautorität so stützen kann, daß die Stellung der deutschen Volksgesamtheit nach außen gesichert ist. Konzessionen müssen natürlich gemacht werden. Der Weg ist frei, es gehört gar nicht so viel Mut dazu, ihn zu gehen. ⊙

Der Gesetzentwurf betreffend das Land Oberschlesien.

Von gut unterrichteter parlamentarischer Seite wird der „Dena" geschrieben: Der im Reichsrat zurzeit vorliegende Gesetzentwurf über das Land Oberschlesien geht von der Erwägung aus, daß die Bevölkerung Oberschlesiens nach Aufhebung der Besetzung und nach Ablauf der Sperrfrist des Art. 167 der Reichsverfassung für die Volksabstimmung über die Neubildung deutscher Länder ohnehin berechtigt wäre, darüber abzustimmen, ob Oberschlesien ein selbständiges Land im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Diese hochwichtige Entscheidung wird insoweit vorweggenommen, als durch den Gesetzentwurf festgelegt wird, welche Stellung Oberschlesien künftighin einnehmen soll, sobald die deutschen Behörden wiederum die Verwaltung des Landes übernommen und die Bewohner ihren Willen kundgegeben haben werden. Welche Gründe für die Vorlegung des Gesetzentwurfes maßgebend gewesen sind, braucht nicht nochmals erörtert zu werden, die besonderen Verhältnisse bezüglich Oberschlesiens können jedoch, wie nachdrücklich hervorgehoben wird, keinesfalls Anlaß geben, die Bestimmungen der Reichsverfassung etwa allgemein zu ändern. Die Ausnahmen zu Gunsten Oberschlesiens treten ergänzend nach Art. 167 in zwei Absätzen hinzu.

Nach dem Entwurf soll die Abstimmung darüber, ob ein Land Oberschlesien nach Art. 2 gebildet werden soll, innerhalb zweier Monate stattfinden, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung wieder übernommen haben werden. Es wird in Betracht zu ziehen sein, daß die Abstimmung in Oberschlesien laut Friedensvertrag nicht später als 18 Monate nach dem Amtsantritt des Internationalen Ausschusses vorzunehmen ist. Die Entscheidung über die Abgrenzung des Deutschen Reiches gegen Polen haben sich die Alliierten im Vertrage vorbehalten. Sind die Grenzlinien festgelegt, so wird der Internationale Ausschuß alsbald die Verwaltung der besetzten Gebiete wieder den deutschen Behörden übertragen. Nachdem das geschehen, dürfte, um den Willen der Bevölkerung durch die Abstimmung zu erkunden, eine zweimonatige vorbereitende Frist erforderlich sein. Das Verfahren bei der Abstimmung soll nach dem Gesetz über den Volksentscheid erfolgen, das bis dahin voraussichtlich in Kraft getreten sein wird. Falls die Frage der Umbildung der Provinz Oberschlesien in ein selbständiges deutsches Land von der Bevölkerung bejaht wird, so soll das Land unverzüglich gebildet werden, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Zunächst ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen drei Monaten zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesverfassung einberufen werden soll. Die Bestimmungen des Art. 17 Abs. 1 der Reichsverfassung sind hierfür maßgebend. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag. Die Verfassunggebende Landesversammlung beruft zunächst aus Grund ihrer Parteiverhältnisse eine parlamentarische Regierung und arbeitet eine provisorische Verfassung aus. Bis zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Landesregierung werden die Obliegenheiten der Regierung vom Oberpräsidenten in Oppeln wahrgenommen. Die oberschlesische Staatsangehörigkeit muß neu geschaffen werden. Außer den am Tage der Neubildung des Landes dort ansässigen Reichsangehörigen sollen aber auch die dort geborenen Preußen in den neuen Staatsverband eintreten können, falls sie innerhalb eines Jahres in dem Sinne sich erklären. Die Erklärung gilt auch für ihre Familienangehörigen.

Die Wahl Hardings.

Die bis zur Stunde vorliegenden Einzelergebnisse lassen einen Zweifel an dem überwältigenden Sieg des republikanischen Kandidaten Harding nicht mehr aufkommen. Damit erhebt sich für Deutschland die Frage, wie stellt sich der neue Präsident zum Völkerbund und zum Friedensschluß mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201104015/fragment/page=0001

Deutschland? Nach allen Aeußerungen Hardings während der Wahlkampagne darf angenommen werden, daß er den Völkerbundsvertrag in der Versailler Form unbedingt ablehnt, vielmehr ein neues Völkerbundsabkommen wünscht, das den internationalen Schi dsgerichtsgedanken mehr in den Vordergrund rückt. Hinsichtlich seiner Stellung zum Friedensschluß mit Deutschland muß darauf hingewiesen werden, daß Harding sich seinerzeit im Senat für den Friedensschluß durch einfach Beendigung des Kriegszustandes erklärt hat. Es darf als sehr wahrscheinlich gelten, daß der neue Präsident an diesem Modus procedendi nach vorausgegangener Verständigung mit den Alliierten festhalten wird.

Unterzeichnung der Danziger Konvention bis zum 15. November.

Einer Pariser Information der „Danziger Zeitung" zufolge, kann es auf jeden Fall als sicher gelten, daß die Botschafterkonferenz vor Beginn der Genfer Tagung des Völkerbundsrates, die sich mit der Danziger Verfassung beschäftigen wird, einen Abschluß der Pariser Verhandlungen über die Danzig-polnisch: Konvention herbeiführen wird. Es kann also damit gerechnet werden, daß längstens bis zum 15. Nov. der Vertrag zwischen dem Freistaat und Polen unterzeichnet sein wird.

Die Antwort des Danziger Staatsrats auf die polnischen Entschädigungsansprüche.

Bekanntlich hat der Generalkommissar der polnischen Republik in Danzig, Dr. Biesiadecki, der interalliierten Verwaltung in Danzig eine Note überreicht, in der an die Stadt Danzig eine Reihe von Entschädigungs- und Ersatzansprüchen gestellt werden. Die interalliierte Verwaltung hat dieses Schreiben dem Staatsrat weitergegeben, der nach Prüfung der Sachlage der polnischen Regierung eine Antwort hat zugehen lassen. In dieser wird zum Ausdruck gebracht, daß Danzig bereit sei, den geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen gemäß, für Uebergriffe gegen die Polen und Vermögensschädigungen Ersatz zu leisten. Die diesbezüglichen Fälle würden einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Die Stadt Danzig müsse es aber ablehnen, für die Diebstähle im Hafen aufzukommen, für die sie völkerrechtlich keine Verantwortung treffe. Danzig behalte sich vor, eine Gegenrechnung aufzustellen, da auch die freie Stadt beispielsweise durch Beschlagnahme von Waren im polnischen Korridor usw. nicht unerhebliche Verluste erlitten habe.

Die Lage der Wrangel-Armee.

Die britische Marine hat den Auftrag erhalten, die Flüchtlinge aus der Krim aufzunehmen und fortzubringen; andererseits wird offiziell versichert, es sei nicht wahrscheinlich, daß britische Heeres- oder Seestreitkräfte irgendeine Aktion zur Unterstützung Wrangels unternehmen würden. Das Eingreifen der englischen Flotte, um die Flüchtlinge fortzubringen, läßt darauf schließen, daß die Situation Wrangels in Südrußland unhaltbar geworden ist.

Englisch-deutscher Schiffsverkehr.

Seit einiger Zeit besteht wieder ein regelmäßiger Dampferverkehr zwischen Bremen—Hull und umgekehrt, den eine deutsche Reederei mit deutschen Schiffen unterhält. Für die Verleder empfiehlt sich diese Linie nicht nur deshalb, weil der deutschen Volkswirtschaft durch die Wiedererstarkung der deutschen Handelsflotte ein gar nicht hoch genug zu schätzender Dienst erwiesen wird, sondern auch deshalb, weil die Frachtverhältnisse bei Benutzung der deutschen Dampfer in vielen Fällen günstiger sind als bei Benutzung von anderen deutschen Häfen fahrenden englischen Konkurrenzlinien.

Tarifffragen.

Wie wir erfahren, tritt morgen der Sachverständigenbeirat des Reichstages für Tarifffragen usw. im Reichsverkehrsministerium zu einer Sitzung zusammen, in der die Möglichkeit oder Notwendigkeit besprochen werden soll, die Personen- und Güterverkehrstarife auf der Eisenbahn zu erhöhen. Da das Anwachsen der Beförderungsgebührnisse in keiner Weise mit allem Anziehen der Materialpreise Schritt gehalten hat, ist zu erwarten, daß der Sachverständigenbeirat einer Erhöhung zustimmen wird. Voraussichtlich dürfte die Frage besonderer Karten zu ermäßigten Preisen für dringende Berufsarten u. a. berührt werden.

Deutsches Reich.

Verbot aller politischen Versammlungen in Danzig. Der stellvertretende Oberkommissar in Danzig, Oberst Strutt, hat bis zur Ratifikation der Danzig-polnischen Konvention in Paris alle öffentlichen Versammlungen verboten, in denen politische Angelegenheiten den Gegenstand der Tagesordnung bilden. Das Versammlungsverbot wird damit begründet, daß die öffentliche Erörterung schwebender Probleme während der Dauer der Pariser Verhandlungen den Interessen der Danziger wie der Polen schädlich sein und die öffentliche Ordnung stören könne.

Die Sühne für den Hamburger Zwischenfall. Der Vizepräsident des Senats, Schramm, hat dem französischen Generalkonsul in Hamburg das Bedauern des Senats über den Angriff ausgesprochen, dessen Opfer kürzlich der Konsulatsattaché Bechet geworden war. Präsident Schramm hat zugesagt, daß die Schuldigen gerichtlich verfolgt und bestraft werden sollten und daß Herrn Bechet eine Entschädigung gezahlt werde.

Die Sperrung sämtlicher Präparandenanstalten ist für Ostern 1921 verfügt worden, da die Ueberfüllung des Lehrerberufes so groß ist, daß für die nächsten Jahre keine Schüler mehr aufgenommen werden können. — Auf Befragen an zuständiger Stelle wird uns die Richtigkeit der Meldung bestätigt.

Empfang beim Berliner britischen Botschafter. Wie die „Dena" erfährt, hat beim britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, ein großer Abendempfang stattgefunden, zu dem das gesamte diplomatische Korps und die Chefs der interalliierten Missionen geladen waren.

Auslands-Rundschau.

Italien nimmt die Beziehungen zur südrussischen Regierung auf. Der italienische Botschafter in Konstantinopel, Garroni, wird sich am 10. November an Bord eines italienischen Kriegsschiffes nach Sebastopol begeben. Die Fahrt des Botschafters hängt mit dem Wunsche des Generals Wrangel zusammen, mit Italien in wirtschaftliche und politische Beziehungen zu treten. Da die italienische Regierung mit der Anknüpfung solcher Beziehungen einverstanden ist, hat sie ferner beschlossen, eine Handelsmission zu General Wrangel zu entsenden.

Die japanisch-amerikanischen Beziehungen. Dem Blatte „Kolumbia Schimbun" zufolge wird der japanische Botschafter in Washington am 7. November der Regierung der Vereinigten Staaten eine Note überreichen, in der gegen die antijapanische Gesetzgebung des Staates Kalifornien scharfer Einspruch erhoben und gleichzeitig die Forderung nach Abschluß eines Präliminarabkommens gestellt wird, auf Grund dessen die in den Vereinigten Staaten wohnhaften Japaner zu naturalisieren sind, unter der Bedingung, daß jede weitere Einwanderung unterbleibt.

Halle und Umgegend.

Halle, den 4. November 1920.

Beihilfen für Heizmaterial für hallische Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Die städtischen Körperschaften haben unter dem 26. Oktober / 1. November beschlossen, bedürftigen hallischen Kriegshinterbliebenen, sofern sie einen eigenen Hausstand besitzen, eine Kohlenbeihilfe in Höhe von 100 M zu gewähren. Als Bedürftigkeitsgrenze soll für die alleinstehende Witwe eine Nettoeinnahme von 400 M monatlich einschließlich Verdienst und hinterbliebenengebührnissen, für das erste Kind unter 16 Jahren 150 M und für jedes weitere Kind 50 M monatlich in Betracht kommen, für Kriegermütter eine solche von 350 M monatlich.

Anträge auf Gewährung von Kohlenbeihilfen nimmt die Amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene, Kl. Steinstraße 8 III, Zimmer 128, werktäglich außer Mittwoch und Sonnabend, von 10—1 Uhr und 2—4 Uhr nachmittags entgegen, und zwar für die Empfangsberechtigten A—C Montag, den 8. Novbr., D, E, F Dienstag, den 9. November, G—J, K Donnerstag, den 11. November, L—L Freitag, den 12. November, M—N Montag, den 15. November, O, P, Q, R Dienstag, den 16. November, S—Sch Donnerstag, den 18. November, T, U, V Freitag, den 19. November, W—Z Montag, den 22. November.

Lohnbescheinigung des Arbeitgebers und Rentenquittung sind als Ausweis vorzulegen.

Ebenso ist beschlossen worden, bedürftigen Kriegsbeschädigten der Stadt Halle mit eigenem Hausstande 10 Zentner Holz aus städtischen Beständen zum ermäßigten Preise von 5 M für den Zentner abzugeben. Es wird Bedürftigkeit angenommen bei allen Kriegsblinden, bei allen 100 Proz. erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten ohne Rücksicht auf ihr Einkommen und bei allen sonstigen Kriegsbeschädigten, die ein Arbeitsverdienst bis zu 600 M monatlich nach Abzug der Steuer haben. Anträge sind unter Vorlage eines Lohnausweises für den Monat September sowie des Rentenquittungsbuches bei der Amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 3 nachmittags von 1—3½ Uhr zu stellen, und zwar in der Reihenfolge der Buchstaben und Tage, wie vorstehend für die Kriegshinterbliebenen festgesetzt ist.

Unsere Kriegsgefangenen aus Sibirien auf dem Heimwege.

Das traurigste Kapitel in der Geschichte unserer deutschen Kriegsgefangenen wird immer unsere beklagenswerten Landsleute in Sibirien bleiben. Fast alle von ihnen sind bereits 1914 oder 1915 in Gefangenschaft geraten, viele davon schwer verwundet, und sie schmachten nun seit fünf bezüglich sechs langen, bangen Jahren nach Freiheit, Heimat und Familienangehörigen. Die meisten sind seit zwei bis drei Jahren wegen der unterbrochenen Postverbindung ohne jedes Lebenszeichen von daheim, und immer und immer wieder haben sich in den letzten Jahren ihre Hoffnungen auf endliche Heimkehr zerschlagen. Viele von ihnen haben deshalb wiederholte Fluchtversuche gemacht, die aber zumeist vergeblich gewesen sind. Da ist es kein Wunder, wenn sie zuletzt, körperlich und seelisch gebrochen, der Verzweiflung nahe waren, wenn manche von ihnen am Ende ihrer Kräfte den Freitod in den eisigen Gefilden Sibiriens dem erbärmlichen, verzweiflungsvollen Weiterleben vorgezogen haben.

Und auch die Hoffnungen daheim sind am Ende ihrer seelischen und körperlichen Kräfte. Ihre Verzweiflung ist um so größer, weil sie seit Mai dieses Jahres so manchen der Kriegsgefangenen Kameraden, den die Flucht oder die Heimkehr als Glückliche beimlichen taten und nun seit sechs Monaten täglich und stündlich die Heimkehr ihres Kriegsgefangenen vergeblich erhofften. Da wird es ihnen zur Beruhigung dienen, daß nun nach zuverlässigen Berichten, die Herr Tittel, hier, von den letzten Heimkehrern, die gestern unseren Bahnhof passierten, erhielt, unsere Kriegsgefangenen aus Sibirien auf der Heimreise begriffen sind. Diese Berichte decken sich mit einem Berichte des Heeres-Abwicklungsamtes des früheren Preuß. Kriegsministeriums, Abteilung für Kriegsgefangenenfürsorge, an Herrn Tittel vom 21. Oktober 1920 und mit den bei dem dieser Tage eingetroffenen Postkarten aus Sibirien, die auf der Heimreise geschrieben sind. Der deutschen Abtransportkommission, die jetzt Jahresfrist unter der Leitung des um unsere sibirischen Kriegsgefangenen hochverdienten deutschen Leutnants Gerber in Wladiwostok unermüdlich arbeitet, ist es gelungen, durch die Mandschurei nach den Gouvernements Trans-Baikalien, Irkutsk und Jenisejsk vorzudringen und dort den Abtransport von 30000 Kriegsgefangenen aller Nationalitäten nach Wladiwostok durchzusetzen. Darunter befinden sich 7000 bis 8000 Reichsdeutsche aus den Kriegsgefangenenlagern Kansk, Krasnojarsk, Irkutsk, Wierchne-Udinsk usw. Zweitausend von ihnen sind schon im Oktober in Wladiwostok eingetroffen und befinden sich wahrscheinlich bereits auf japanischen Schiffen auf der 6—8 Wochen währenden Seereise. Alle anderen werden, wenn nicht unvorhergesehende neue Schwierigkeiten eintreten, bis Ende November in Wladiwostok eintreffen, so daß dann Mitteilsibirien vollständig geräumt sein wird. Erfreulich ist es, daß sich darunter auch die Intellektuellen und die deutschen Offiziere befinden, deren Heimreise so oft von den eigenen kriegsgefangenen Kameraden: „internationalen, österreichischen, ungarischen und schandbarerweise auch deutschen Kommunisten" vereitelt worden ist. Daß deren unheilvoller Einfluß in Sibirien endlich beseitigt ist, ist ein dankbar anzuerkennender Erfolg der vielen Bemühungen der Kriegsgefangenenfürsorgeabteilung und des Herrn Oberst Bauer (Berlin) sowie der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene und der Herren Reichskommissare Stücklen und Schlesinger (Berlin) und ihres Vertreters Herrn Hilger in Moskau. Der Rest unserer Kriegsgefangenen in den westlichen Gouvernements Sibiriens wird auf dem Landwege nach Moskau bezüglich Petersburg abbefördert. Diese Heimkehrertransporte gehen zwar langsam, aber ziemlich planmäßig vor sich, und es ist zu hoffen, daß sie in vier bis sechs Wochen auch beendigt sind, so daß sich dann kein deutscher Kriegsgefangener mehr in Sibirien befinden dürfte.

Es ist wesentlich, daß die Verhandlungen der Vertreter der deutschen und russischen Regierungen und der Regierungen der Randstaaten unter Mitarbeit von Professor Nansen in Kowno zu einem erfreulichen Ergebnis geführt haben. Dadurch ist für unsere Kriegsgefangenen die Heimreise zu Lande gewährleistet, wenn der Seeweg von Narwa in Estland, Björke in Finnland und Riga in Livland zugefroren sein sollte. So ist zu hoffen, daß es noch vielen unserer sibirischen Kriegsgefangenen vergönnt sein wird, nach langer, schwerer Leidenszeit mit ihren erfreuten Angehörigen endlich einmal wieder ein deutsches Weihnachten in der so lange und so schmerzlich entbehrten Heimat feiern zu können, während der Rest unserer Kriegsgefangenen dann doch wenigstens bis Ostern nächsten Jahres den bedauernswerten Angehörigen zurückgegeben sein wird.

2. Musikumsvortrag. Am Sonnabend, den 13. November, 8 Uhr, spricht im großen Turm der Moritzburg Dr. Eberhard Grisebach, Privatdozent der Philosophie an der Universität Jena, über: „Die Krisis der modernen Kunst."

Neue Ziele der Erziehung.

Von

Dr. Siegfried Brase.

(Nachdruck verboten!)

Der Unterrichtsminister hat in einem Erlaß verfügt, daß in sämtlichen Lehranstalten für die männliche und die weibliche Jugend sofort mit der Einführung in die Reichsverfassung begonnen wird, und zwar im Rahmen des deutschen oder des Geschichtsunterrichts. Damit wird einer Vorschrift der Verfassung selbst entsprochen; freilich wird die Anordnung ausdrücklich als ein Notbehelf bis zur Neugestaltung unserer Lehrpläne bezeichnet. Denn der Nachwuchs eines Volksganzen, dessen Souveränität festgelegt ist, muß doch über die sachlichen Voraussetzungen ihrer Ausübung gründlich aufgeklärt werden. Vor dem Kriege blieb leider nationale Sachkunde hinter dem allzu Heobartschen „patriotischen Gesinnungsunterricht" in der Winkel gedrückt. Daher die politische Urteilslosigkeit allzuvieler, die um so leichter jedem billigen Schlagwort erliegen. (Näheres darüber in meiner Broschüre: „Erzieht Bürger!", Verlag Alex Grübel Nachf., Berlin 1920.)

Die Bürgerkunde, die nun endlich als besonderes Schulfach sach angestrebt wird, soll sich natürlich nicht auf Verfassungs-, Gesetz- und überhaupt Rechtskenntnis beschränken, so not dies auch für die bürgerliche Existenz und sittliche Gesundung, geschweige denn für die staatsbürgerlichen Aufgaben tut. Es gilt dabei unseren wirtschaftlichen Voraussetzungen und Möglichkeiten Rechnung zu tragen, die soziale und nationale Pflichten uns sehr bereit einschränken, jeden übertriebenen Anspruch an die Gesamtheit aber widerlegen. Dieser Wirtschaftssinn reicht darf aber ebensowenig nicht in bloßen Wissensbetrieb ausarten, sondern soll eigenes Wollen und Können frühzeitig anregen. Solchem Zweck dient der Grundsatz der Arbeits- und Produktionsschule, der kürzlich auf einer Berliner Tagung des „Bundes Entschiedener Schulreformer" eingehend behandelt wurde. Das Werk unseres Aufbaus erfordert viele fleißgewöhnte und geschickte Arme, das Ziel sozialer Auslöhung die Ueberbrückung der inneren Kluft, die Hand- und Kopfarbeit noch immer trennt. Wie der Maschinenarbeiter, um nicht selbst Maschine zu werden, allgemeiner Seelenpflege bedarf, so dürfen, was bereits Rousseau u. a. verlangten, den „geistigen" Berufen technische Verrichtungen keine fremde Welt bleiben. Ob allerdings in einer Produktionsschule sämtliche leiblichen Bedürfnisse der Zöglinge durch ihre handwerkliche und landwirtschaftliche Eigenarbeit gedeckt werden können, steht dahin. Am ehesten liefe sich das wohl an den neuerdings gewünschten volkswirtschaftlichen Mittelschulen versuchen. In verwandter Richtung liegt das Programm eines wirtschaftlichen Dienstjahres, das in einem demokratischen Antrag als Ersatz des Heeresdienstes dem Reichstag unterbreitet wurde. Zu seiner Durchführung müßte freilich erst das Mißtrauen der Arbeiterschaft überwunden werden, die von einem solchen Gesetz die Gefahren der Ausbeutung und Schmutzkonkurrenz befürchtet. Aehnlich wie das bulgarische, das kürzlich eingeführt, als Muster vorschwebte müßte es es seinen Schwerpunkt auf die Tätigkeit in freier Luft (Siedelungsarbeit, Moorkultur) legen, ohne doch in agrarpolitische Einseitigkeit zu verfallen.

Hierbei, wie durch die ganzen Bestrebungen wirtschaftlicher Abrichtung und früher Politisierung soll man indes unseren Nachwuchs nicht allzu eng in die nächsten Staatszwecke einspannen wollen. Das Grundgesetz jeder Erziehung, harmonische Ausbildung aller Anlagen, darf nicht veral en. Die Jugend läßt sich nicht alles bloßes Mittel zum Zweck behandelt werden. Auf der Reichsschulkonferenz fanden sich in diesem Gedanken die extremsten Richtungen zusammen. Selbsttätigkeit der Jugend stellte schon Fichte voran, Erziehung zur Persönlichkeit forderte Goethe. Wird ihr Eigenart nicht geachtet, so tötet man das sittliche Wollen ab, oder es entartet zum Eigensinn, zur Widerspenstigkeit und das stünde einem Staat am schlechtesten an, der aus Untertanen zuchtvolle Bürger machen will.

In den letzten Oktobertagen tagte in Berlin der Reichsschulausschuß. Möge der Tag nicht mehr fern sein, wo darüber hinaus neben dem rein politischen Parlament und dem Wirtschaftsrat ein demokratisches Bildungsparlament gewählt, von Elternbeiräten und Lehrerschaft ein wahrhaft volkstümliches Erziehungswesen aus dem Volkswillen unmittelbar hervorgehen lassen wird. Dann wird zu den entschlossenen Armen deutscher Wiederaufrichtung der rechte Herzschlag sich gesellen, der nirgends frischer und hoffnungsvoller pulst als in eines Volkes Jugendschar.

Die richtige Antwort.

Ein Pariser Boulevardsblatt, das wegen seiner originellen Umfragen und wegen der schlagfertigen Antworten bekannt ist, die darauf gewöhnlich einlaufen, stellte seinen Lesern neulich die Frage:

Nehmen Sie an, daß die Herren Blériot, Metschnikow, Rostand und Edison zusammen einen Ballonaufstieg machten, daß der Ballon verunglückt sei, und daß es nur einen einzigen Ausweg gäbe — nämlich einen der Passagiere über Bord zu werfen: wen würde man da wählen?

Die Zeitung erhielt eine große Zahl von Antworten, in denen die Vorzüge der einzelnen Berühmtheiten lang und breit erörtert wurden. Ein Brief aber nur enthielt die richtige Antwort. Sie lautete kurz und bündig:

„Den dicksten"!

Ein Gewaltakt gegen die deutschen Statistiker.

Auf der Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Erfurt teilte Geh. Reg.-Rat Dr. Würzburger, Direktor des Statistischen Landesamts Sachsen, mit, daß das Vermögen des früheren Internationalen Instituts für Statistik, dem auch die deutschen statistischen Aemter angehörten, von einer neu gegründeten „Internationalen Kommission für Statistik", von der die deutschen statistischen Behörden ausgeschaltet seien, mit Beschlag belegt worden sei. Es handele sich um baare Gelder und um das Kontrebuchs im Haag. Die Erfurter Gelehrtenversammlung beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, auf diplomatischem Wege die Rechte der deutschen Statistiker wahrzunehmen.

Das Internationale Institut für Statistik, 1885 als private wissenschaftliche Vereinigung, mit dem Sitze im Haag, gegründet, war eine der wichtigsten internationalen Gelehrtenvereinigungen und bildete den Sammelpunkt für die theoretischen und praktischen Statistiker der gesamten Kulturwelt. Präsident war der um die internationale Organisation der Statistik hochverdiente emeritierte Generaldirektor der italienischen Statistik Senator Luigi Bodio in Rom, Vizepräsident L. Delatour in Paris, Untersuchungsleiter a. D. Prof. Dr. C. v. Mayr (München) und der Präsident der Schweizerischen Zentralkommission Dr. Robert Weyer (Aiten). Generalsekretär Dr. H. W. Methorst, Leiter des holländischen Statistischen Zentralbüros im Haag. Das Institut gab ein wissenschaftliches Jahrbuch, das „Bulletin" heraus, von dem bis jetzt etwa 20 Bände vorliegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201104015/fragment/page=0002

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Erdeliswesen und Arbeitsgebiet unserer Vorzeit. So lautete das Thema des Vortrages, den der Vorsitzende des Landesvereines, Pro. Dr. Hahne, als erstes Glied einer systematischen Vortragsreihe über die kulturelle Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen an am Dienstag abend im Auditorium des Pädagogiums hielt. Vorgeschichte ist die Geschichte der Menschheit vor jeder schriftlichen Aufzeichnung und Ueberlieferung, ist eine Geschichte, die sich nur erzählt aus materiellen Funden, wie Werkzeugen, Waffen, Schmuckgegenständen. Die modernste archäologische Forschung, die „gegenwärtige Ausgrabung, hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, in diese tote Geschichtsforschung Leben zu bringen. Sie erschöpft sich nicht mehr in Beurteilung und Bewunderung der Technik der ältesten Kulturen in Ermittlung des Materials, aus dem die primitiven Geräte gefertigt sind, sondern das Studium des rein Materialistischen soll uns die ältesten Menschen selbst erkennen lassen — nicht nur in anthropologischer Hinsicht. Geist und Seele des Vorzeitmenschen wollen wir erforschen. Dies hat zu einer neuen, lebendigen, psychologischen Methode der Geschichtsforschung geführt. Alle Kunde, so interessant sie auch sein mögen, so eintig sie auch studiert werden müssen, sind nur Mittel, die geistige und seelische Kraft des Menschen, der sie geschaffen, zu ergründen. Der Redner zeigte durch zahlreiche interessante Beispiele, wie durch Lichtbildaufnahmen, wie diese Methode im einzelnen angewandt wird. So leitete Prof. Hahne zur Kultur und Rassenfrage über, die er im nächsten Vortrag ausführlich behandeln wird.

Familien-Nachrichten

Verlobte: Susanne Dippe, Rittergut Schwerz — Fabrikbesitzer Otto Kühn, Halle. Margarete Hoffmann, Nietleben — Franz Halle, Leitte. Else Kaschmieder, Halle — Paul Schwerdtfeger, Wiesbaden.

Vermählte: Oskar Kunze — Hildegard Luther, Plömnitz-Drehscheibe.

Gestorben: Unterwachtmeister Erich Knoxl, 26 J., Halle. Buchbindermeister Otto Böttcher, 55 J., Halle. Wilhelmine Elste geb. Schröder, 79 J., Halle. Rangierer Andreas Becker, 25 J., Halle. Schuhmachermeister Franz Schaal, 63 J., Cottbus. Frl. Käthe Steinbeck, 14 J., Halle.

Kunst und Wissenschaft.

Erfolgreiche Aufhellung von Trübungen der Hornhaut. Der Augenarzt Dr. Gustav Erlanger (Berlin) teilt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" seine außerst günstigen Erfahrungen mit der Anwendung der Ionotoprese in der Augenheilkunde mit. Bei dieser Methode werden die Medikamente durch den galvanischen Strom ins Auge gebracht und können dadurch eine erhöhte Wirksamkeit entfalten. Hornhautentzündungen und Geschwüre der Hornhaut heilen auf schnellem Wege und eine Hinterlassung dichter Narben durch Ionotoprese mit Jodkali oder anderen bakteriziden Mitteln ab. Ebenso reagieren strauchige Hornhautentzündungen. Den großen sozialen Segen erweist sich aber die Ionotoprese mit narbenaufhellenden Mitteln da, wo es sich um Trübungen der Hornhaut handelt. Diese Trübungen setzen das Sehvermögen oft bis zur völligen Arbeitsfähigkeit herab. Weitgehende Aufhellungen sind möglich und damit eine Erzielung eines besseren Sehvermögens. Dr. Erlanger spricht die Hoffnung aus, daß dieses schon im Jahre 1908 von ihm verwendete Verfahren, das zu Unrecht der Vergessenheit anheimfiel, zum Nutzen der Allgemeinheit von nun an häufig Verwendung finden möge.

Die Erstfassung des Ernst-Haeckel-Hauses in Jena. Anschließend an die Enthüllung des Denkmals Ernst Haeckels von Professor Engelmann (Weimar) und die Beisetzung der Asche Haeckels im Garten der Villa Medusa wurde am Sonntag das Ernst-Haeckel-Haus in Jena feierlich eröffnet. Es enthält reiche Schätze der Erinnerung an Haeckel als Mensch, Künstler und Forscher. Der Rektor der Universität, Geheimrat Linck, Kunstmaler Walter Haeckel und Professor Heinrich Schmidt hielten Ansprachen.

Das Stadttheater zu Halberstadt, das bekanntlich unter seinem unermüdlich vorwärtsstrebenden Intendanten Sioli von Erfolg zu Erfolg schreitet, brachte jüngst Shakespeares „Wintermärchen" in künstlerisch vortrefflicher Abrundung heraus. Die Bühnenbilder, die Beleuchtung, das Zusammenspiel, sowie die ausgezeichnet wiedergegebene Musik Humperdinks vereinigten sich zu einer höchst anerkennenswerten Gesamtleistung.

Der Historiker Hermann v. Fischer †. Hermann v. Fischer, der Historiker der schwäbischen Literatur und Herausgeber des Schwäbischen Wörterbuches, ist in Tübingen im Alter von 69 Jahren gestorben. Als Sohn des begabten Lyrikers Johann Georg Fischer (1816—1857) in Stuttgart geboren, hatte er lange Jahre den Lehrstuhl für deutsche Philologie an der Universität Tübingen inne. Außer den liebevollen Erinnerungen an seinen Vater (1897) gab er Biographien von Mörike (1881) und Uhland (1887), Beiträge zur Literatur schwäbischer Schwaben (1891, 1899) und sein Hauptwerk „Die schwäbische Literatur im 18. und 19. Jahrhundert" (1911) heraus. Das schwäbische Wörterbuch, das in einer Knappheit und Vielseitigkeit vorbildlich wirkt, erschien in drei Bänden 1904—1911.

Uraufführung Franz Schreckers im Münchener Nationaltheater. Franz Schreckers Märchenoper „Das Spielwerk" (bereits 1913 entstanden) erlebte in einaktiger Fassung unter musikalischer Leitung Bruno Walters im Münchener Nationaltheater seine Uraufführung mit unbestrittenen Erfolg.

Hochschulnachrichten.

Der a. o. Professor Dr. Jonas Schmidt in Jena hat einen Ruf als Ordinarius auf den Lehrstuhl der Tierzuchtlehre an der Universität Göttingen als Nachfolger Dr. H. Henselers erhalten. — Der Gerichtsassessor a. D. Dr. jur. Erhard Neuwiem, Privatdozent des öffentlichen Rechts an der Universität Breslau und Dozent für Rechts- und Verwaltungskunde an der dortigen Technischen Hochschule, hat einen Ruf auf das Ordinariat des öffentlichen Rechts an der Universität Greifswald als Nachfolger des Professors Doktor Erwin Jacobi (jetzt in Leipzig) erhalten und angenommen. — Zum Nachfolger des nach Köln berufenen Professors H. Lewald auf dem etatsmäßigen ordentlichen Lehrstuhl für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der Universität Frankfurt a. M. ist Professor Dr. Ernst Levy ebenda ausersehen.

Der langjährige Oberingenieur und Konstruktionschef der Firma Briegleb, Hansen u. Co. in Gotha, Dr. U. D. Thoma, hat einen Ruf als ordentlicher Professor für technische Mechanik an die Technische Hochschule in München erhalten und angenommen.

Provinzial-Nachrichten.

+ **Merseburg, 3. Nov. (Senkung der Schlachtviehpreise.)** Der Kreisbauernverein fasste in seiner jüngsten Sitzung eine Entschließung, in der er scharf die wucherische Hinaufschraubung der Preise für Kartoffeln, Vieh und Fleisch verurteilt. Er hat weiterhin beschlossen, daß, nachdem im hiesigen Kreise in der Kartoffelversorgung eine Verständigung und Preisfestsetzung herbeigeführt worden ist, auch in der Fleischfrage eine Vereinbarung zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Fleischern und Fischhändlern, herbeigeführt werden soll. In der Resolution wird ferner ihm zum Ausdruck gebracht, daß mit dem Abbau der Preise für landwirtschaftliche Produkte auch ein Abbau aller anderen Preise für nichtlandwirtschaftlicher Artikel und für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens herbeigeführt werden muß, damit ein Stillstand in den Lohn- und Gehaltsforderungen eintritt. Namentlich aber sei es ein unbedingtes Erfordernis, die Landwirtschaft erzeugungsfähig zu halten durch einen Abbau der ungeheuerlich hohen Düngemittelpreise.

Schkeuditz, 3. Nov. (Der Polizei gelang es,) drei Männer festzunehmen, welche hier Pferd und Wagen stahlen. Wie festgestellt wurde, waren Pferd und Wagen einem Pferdehändler in Halle gestohlen worden und sollten nun hier verkauft werden.

Wittenberg, 3. Nov. (Etwa 100 hölzerne Grabkreuze) sind in der letzten Zeit auf dem Friedhofe der Kriegsgefangenen des Kleinwittenberg gestohlen worden.

Torgau, 3. Nov. (Erschossen) wurde ein militärischer Untersuchungsgefangener aus der früheren Militär-Arrestanstalt im Schloßgraben. Er hatte es wiederholt darauf angestellt, aus der Anstalt herausgebracht zu werden. Zuletzt klagte er über heftiges Zahnweh, und so wurde ein Posten beauftragt, ihn zum Zahnarzt in der Bäckerstraße zu bringen. Der Gefangene wurde dort untersucht, aber es fand sich an seinen Zähnen Krankhaftes nicht vor. Auf dem Rückwege entlief der gefangene Soldat. Der Posten rief ihn wiederholt an, stillzustehen; als das vergeblich war, schoß er. Die Kugel tötete den Gefangenen.

Dessau, 2. Nov. (Der Landtag.) Die sozialdemokratische Fraktion des anhaltischen Landtags kündigt einen Antrag auf Abschaffung des Landtages als staatlichen Feiertag an.

Magdeburg, 3. Nov. (Die Preisbildung für Vieh und Fleisch.) Der Ausschuß für Vieh- und Fleischverkehr im Magdeburger Wirtschaftsgebiet teilt mit: Der Wirtschaftsbeirat ist in 11 Unterbezirke eingeteilt. In diesen Unterbezirken sind Ausschüsse errichtet, die die Preisbildung den wirtschaftlichen Verhältnissen der Bezirke entsprechend zu beobachten haben. Die Festsetzung von Kleinhandelsfleischpreisen wurde ebenfalls den Unterausschüssen zugewiesen. Bei der Bildung des Kleinhandelsfleischpreises sprechen noch weitere Momente mit als bei der Bildung des Schlachtpreises, weil die Zwischenglieder, die zwischen Erzeugern und Verbrauchern liegen, je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden sind. Für die Großstadt sind folgende Preise festgesetzt: für Rindfleisch im Laden auf etwa 12 Mark, für Schweinefleisch 16 Mark, Hammelfleisch auf etwa 14,25 Mark und Kalbfleisch auf etwa 13 Mark das Pfund.

Magdeburg, 3. Nov. (Für 200 000 Mark Gewinne in der Owa-Tombola) Für die „Tombola" der „Oberschlesier-Woche" gehen noch fortgesetzt von der Kaufmannschaft wertvolle Gewinne ein, so daß die angekündigten Geschenke heute bereits einen ungefähren Wert von 200 000 Mark ausmachen.

Magdeburg, 3. Nov. (Für eine halbe Million Brandschaden.) Durch brennende wurden gestern auf einem städtischen Lagerplatz bedeutende Lagerbestände an Kohlen und Holz vernichtet. Der Schaden beträgt über eine halbe Million Mark.

Eisleben, 3. Nov. (Ein Raubüberfall) auf einen Lohngeld-Transport war in hiesiger Gegend geplant. Auf dem Hadmersleben Wege hinter Schacht 3 hielt vormittags ein Kraftwagen, dem zwei verlorene Personen entliefen, die in der Richtung auf Schacht 5 davonrannten. Um dieselbe Zeit wurden die Lohngelder von Schacht 5 durch einen Boten gebracht sein, wenn er nicht diesmal die Werksbahn benutzt hätte. So wurteten die beiden Wegelagerer vergeblich auf ihr Opfer. Als sie das merkten, eilten sie zu ihrem Wagen zurück und fuhren schnellstens davon. Der Wagen trug die Nummer 150. Bisher ist noch nichts bekannt, daß die Insassen festgenommen wurden.

Eisenach, 1. Nov. (Die Brotversorgung Thüringens gefährdet?) Während die Kartoffelversorgung Thüringens im allgemeinen sich noch erträglicher gestaltet hat, als man vor der Ernte annehmen konnte, ist der Grundpreis von 20 Mark je dz für die Nachbargebiete vorläufig geworfen ist, steigt für Thüringen wieder das Gespenst einer Störung der Brotversorgung auf. In den benachbarten preußischen und sächsischen Bezirken ist schon im Sommer der Mahllohn so erhöht worden, wie dies den Lohnerhöhungen im Mühlengewerbe entspricht. Als nun auch der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband eine wöchentliche Lohnerhöhung um 65 Mark von der Thüringer Müllereivereinigung durchsetzte, trat die Vereinigung im August mit den Kommunalverbänden Thüringens wegen Erhöhung des Mahllohnes in Unterhandlung, die trotz wiederholter Versuche bis jetzt zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Die am 27. Oktober stattgefundene vierstündige Aussprache in Weimar wurde als ausichtslos abgebrochen, da die Vertreter der Kommunalverbände sich nicht entschließen konnten, die Mahllöhne angemessen zu erhöhen. Die nächste Folge ist, daß die Mühlenvereinigung den bereits abgeschlossenen Lohntarif sofort gekündigt hat und somit Störungen für die Brotversorgung zu Ende des Jahres zu befürchten sind.

Pirmasens, 3. Nov. (Große Mengen Giftstoffe.) wahrscheinlich von einem auswärts verübten Diebstahl herrührend, wurden auf dem Rähnisberge gefunden. Es handelt sich um 247 Fläschchen Behrings Original-Tetanus-Heilserum, aus den Behringwerken Bremen und Marburg a. d. L. stammend. Die Polizei beschlagnahmte den gefährlichen Fund.

Vermischtes.

Beamtentreue. Von echter deutscher Beamtentreue zeugt ein Vorfall, der sich kürzlich am Fahrkartenschalter des Anhalter Bahnhofs in Berlin abspielte. Ein nachts von Kopenhagen kommender junger Wiener löste in größter Eile eine Fahrkarte 4. Klasse nach Regensburg und gab versehentlich einen dänischen 50-Kronen-Schein statt eines 50-Mark-Scheines. Unterwegs bemerkte der Wiener den Irrtum und schrieb sofort an die Stationskasse des Anhalter Bahnhofes. Postwendend erhielt er die Nachricht, daß für ihn 370,40 Mark an hiesiger Stelle zur Abholung bereitlägen, die einem von ihm Beauftragten auch ausgezahlt wurden.

Betrug mit Musik. Nach einer Meldung aus Hamburg ist der Verleger der „Hamburger Theaterzeitung" und Direktor einer Konzertagentur Brieger gesichtet. Brieger war Arrangeur von Theater- und Konzertabenden, zu denen er nur erstklassige Künstler verpflichtete. Er selbst übernahm stets die Kassengeschäfte und ist dabei so verfahren, daß er das Geld in Empfang nahm, während die Künstler und Angestellten stets leer ausgingen. Unter den Geschädigten werden genannt: Claire Dux, Fritz Schwarz, Kurt Wilken u. a. Brieger ist mit dem Reinergebnis einer Wohltätigkeitsvorstellung für die Hamburger Kriegsblinden, die am 9. Oktober stattfand, durchgebrannt. Kurz vor seinem Verschwinden erzählte B. einem Auktionator, daß er Nitsch und Reinhardt zu Gastspielen nach Hamburg verpflichtet hätte und schlug dem Manne Gewinnbeteiligung vor. Der Auktionator gab 130 000 Mark her und sah Brieger nicht wieder. Die Wohnung und das Kontor des Betrügers wurden vom Gerichtsvollzieher beschlagnahmt. Die Höhe der von Brieger veruntreuten Gelder wird auf 7—800 000 Mark geschätzt.

Frauenmord. In der Kottbuser Straße in Berlin wurde die 47jährige Hausbesitzerin Lucie Beltz in ihrer Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

König in rumänischen Films ... Es verlautet in Newport, daß die Königin Marie von Rumänien nebst ihrer Tochter, der Prinzessin Marie, mit einer großen amerikanischen Filmgesellschaft zwecks Engagement in Unterhandlungen steht. Kronprinz Karol, der sich schon seit einiger Zeit in den Verein Staates intensiv aufhält, soll diese eingeleitet haben und Vertreter der Filmgesellschaft sind angeblich schon mit dem Dampfer „Newyork" nach Bukarest unterwegs, um den Kontrakt perfekt zu machen.

Ein Verbrechen, das von einer ungewöhnlichen Roheit zeugt, wurde in Spandau verübt. Zwei bisher noch unbekannte Soldaten machten dort mit Eierhandgranaten einen Mordanschlag auf den Altwarenhändler Mahnkopf vom Hohen Steinweg 2 und verletzten ihn so schwer, daß an seinem Aufkommen zweifelhaft wird.

Eine Eisenbahnstrecke mit drei verschiedenen Zeiten auf 100 Kilometer Länge wird mit der jetzigen Einführung des Winterfahrplans die Strecke Vortel—Gennep—Wesel sein, die der Nordbrabant-Deutschen Eisenbahn gehört. Die Strecke führt bekanntlich von Vortel bis Gennep auf holländischem Gebiet, dann auf deutschem bis Wesel. In Holland verkehren Züge nach der Amsterdamer Zeit, die der westeuropäischen um 20 Minuten nach unserer mitteleuropäischen vorgeht. In Deutschland führt aber die Bahn von Hassum bis Bilderich westeuropäische Zeit, wie im ganzen besetzten westlichen Gebiet; der rechtsrheinische Bahnhof Wesel behält dagegen auch nach dem 24. Oktober, wie das ganze übrige Deutschland, die mitteleuropäische Zeit bei.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Kosten des Besatzungsheeres

WTB. **Berlin,** 3. Nov. Der Hauptausschuß des Reichsrates trat in die Besprechung über die Ausführung des Friedensvertrages ein. Reichsschatzminister von Raumer machte vertrauliche Mitteilungen und beantragte die Kosten für den Besatzungsaufschuß von 20 auf 40 Millionen zu erhöhen. Er führte aus: Es wurden Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Besatzungsmächte aufgenommen, und es steht zu hoffen, daß auf diese Weise eine Milderung der Besatzungsnote zu erwarten sei. Um dieses zu erreichen sei erforderlich, auf die Herabsetzung der Besatzungsstärke hinzuwirken, ferner die Garnisonen endgültig festzustellen. Der Reichsschatzminister gab mehrere Erläuterungen zu den außerordentlichen Kosten, die uns bisher erwuchsen und noch zu erwarten seien. Er gab weiter bekannt, daß trotz der erst kürzlich erfolgten Erhöhung (Kap. 4 Tit. 1) auf 15 eine weitere Heraufsetzung des Etats leider erforderlich sein werde. Neue Forderungen der Besatzungsmächte, sowie das Abschlußergebnis des ersten Halbjahres verlangten diese Erhöhung.

WTB. **Berlin,** 3. Nov. (Drahtnachricht.) Amtlich. Aus dem Reichsschatzministerium wird uns mitgeteilt: In einigen Abendblättern sind über die heutige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages Berichte enthalten, die die vertraulichen Mitteilungen des Reichsschatzministers unrichtig und grob entstellt, wiedergeben. So wird über die Stärke der amerikanischen Besatzung Zahlenmaterial gegeben, das in den einzelnen Blättern zwischen 17 000 und 177 000 schwankt. Die vom Minister schätzungsweise und vertraulich genannte Zahl bleibt noch erheblich hinter der von 17 000 zurück. Ebenso schwankend sind die Angaben über eine beantragte Forderung zwischen 20 Millionen und 40 Milliarden. Die tatsächlich beantragte Erhöhung bei den hier in Betracht kommenden Etatstitel beläuft sich auf 20 Millionen Papiermark. Die Gesamtetatforderung des Reichsschatzministers für die Besatzungstruppen im Rheinland einschließlich der Kosten für die interalliierte Rheinlandkommission beträgt 15 724 Millionen Mark.

Die Abfindung der Hohenzollern.

WTB. **Berlin,** 3. November. (Drahtnachricht.) Der Rechtsausschuß der preußischen Landesversammlung beschäftigte sich heute mit der Vorlage über die Abfindung der Hohenzollern. Bei der sich daran anknüpfenden allgemeinen Aussprache machte der Vertreter des Finanzministeriums u. a. die folgende Mitteilung: Im Januar 1919 hatte der frühere König eine Million holländischer Gulden erhalten, im August 1919 1 135 000 Mark und wiederum 10 Millionen Mark. Aus dem Grundstücksverkauf in der Wilhelmstraße hat der König 40 Millionen Mark erhalten, die zum Teil für den Ablauf des Schlosses Doorn verwendet wurden. Für dieses Schloß sind ihm im August 1919 auch die Einrichtungsgegenstände geliefert worden. Der Aufenthalt des Königs beim Grafen Bentinck hat täglich 1000 Gulden gekostet. Die Prinzen haben bis zum 1. Juli 1919 ihre Apanagen aus dem Hausschatz erhalten, jetzt aber nur noch in Zweidrittel der früheren Höhe.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Haag, 3. November. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Daily News" melden, wird die Volksabstimmung in Oberschlesien aller Voraussicht nach in der ersten Hälfte des Monates März stattfinden.

Deutsche Pilger in Rom.

WTB. **Rom,** 3. Nov. (Privattelegramm.) Die deutschen Pilger haben Rom verlassen und sich nach Assisi begeben. Von dort kehren sie nach Deutschland zurück. Im „Corriere d'Italia" spricht der Leiter des Pilgerzuges seinen Dank aus für den den Pilgern bereiteten Empfang.

Protest gegen die deutsche Anerkennung der Sowjetsregierung.

Genf, 3. November. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer von Havas verbreiteten Meldung wird der alliierte Rat dagegen protestieren, daß nach einer Erklärung des deutschen Reichsministers des Auswärtigen im Reichstage Deutschland die Sowjetregierung ausdrücklich als völkerrechtlich bestehende Regierung anerkenne. Deutschland habe sich in unzuverlässiger Weise mit dieser Erklärung in Widerspruch zu der Haltung sämtlicher europäischer Nationen gestellt, von denen bisher keine einzige die Sowjetregierung anerkannt hat.

Der weißrussische Staat.

Genf, 3. November. (Eig. Drahtnachricht.) „Echo de Paris" meldet, daß sich Kerenski bereits im Hauptquartier des General Wrangels befinde. Die Ausrufung des weißrussischen Staates steht jetzt unmittelbar bevor. Kerenski und Wrangel werden sich in der Weise in die Leitung des neuen Staatengebildes teilen, das ersterer die politische, letzterer die militärischen Angelegenheiten übernehmen wird. Die in Polen aufgestellten und ausgebildeten Streitkräfte Weißrußlands haben sich bereits mit der Wrangelschen Armee vereinigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201104015/fragment/page=0003

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie dieselbe auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Die Gebühren des Mieteinigungsamts.

Den Ausführungen in der Saale-Zeitung betr. 30prozentige Mieterhöhung ist hinzuzufügen, daß die Gebühren für die Rechtsprechung im Mieteinigungsamt, im Gegensatz zu den ordentlichen Gerichten, der obliegende Teil zu bezahlen hat, und das ist als Antragsteller stets der Hauswirt. Schon die einfache Gebühr beträgt das 6 bis 5fache der monatlichen Mieterhöhung, so daß die zugesprochene Mieterhöhung in Wirklichkeit nicht dem Hauswirt, sondern dem Mieteinigungsamt zugute kommt. Es betragen nach meiner Erfahrung die Gebühren bei einer Mieterhöhung von monatlich 1,30 Mk. 10 Mk. und von monatlich 3 Mk. 20 Mk. (einfache Gebühr). Da die fünfprozentigen Mieterhöhungen etwa halbjährlich eintreten, so bleibt dem Hauswirt tatsächlich kein Pfennig davon und es ist für ihn praktischer, das MEA. gar nicht anzurufen. Solange der Mieter nicht wenigstens einen Teil der Gebühren zu bezahlen hat, hat er ja gar kein Interesse, einer Mieterhöhung zuzustimmen, bevor nicht der Hauswirt verurteilt ist, die Mieterhöhung eines halben Jahres in Gestalt der „Gebühren" dem Mieteinigungsamt zuzuführen.

Einer, der durch Erfahrung klug geworden ist.

Sport der „Saale-Zeitung".

Vom Skisport.

Schneelauf bei den Reifeprüfungen. Falls das Turnen zum verbindlichen Prüfungsfach erklärt wird, soll nach einem Vorschlag des Preußischen Turnlehrervereins der Skilauf in der Weise mitgewertet werden, als ein Zeugnis des Deutschen Skiverbandes über eine im Skilauf abgelegte Prüfung anerkannt wird.

Studienbeihilfen für Skiläufer. An der Deutschen Hochschule für Leibesübungen bestehen einige Studienbeihilfen für Vollstudierende, die dem Deutschen Skiverband angehören; so von Zureit (Frankfurt a. M.), Ludzuweit (Danzig), Neukirch (Berlin), Schneider (Berlin). Ferner hat S. Adam (Berlin) der H. f. L. 25 000 Mark überwiesen, deren Zinsen zu Beihilfen für Wintersportlehrgänge und -fahrten verwendet werden sollen. Bewerbungen umgehend an den Senat der Deutschen Hochschule für Leibesübungen (Berlin, Kurfürstenstr. 48).

Skilauf an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. Die Prüfungsordnung für die Studierenden der Hochschule für Leibesübungen sieht für den Skilauf vor: Beherrschung aller Laufformen und Schwünge, Quersprünge in steiler Abfahrt, 12 Kilometer-Langlauf (Bewertung nach Festlegung der Strecke), drei gestandene 25 Meter-Sprünge; für Frauen: Beherrschung aller Laufformen und Schwünge, 5 Kilometer-Langlauf (davon ⅔ Abfahrt) als Hindernislauf.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Wiederfreigabe der Errichtung von Aktiengesellschaften.

DA. Berlin, 3. Nov. Von zuständiger Stelle wird der „Dena" mitgeteilt: Die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften, die durch die Verordnung vom 2. Novbr. 1917 angeordnet war, ist mit dem 15. Oktober d. J. fortgefallen. Damit hat auch die Tätigkeit des Beirates, für die Prüfung der Gründungen und Kapitalserhöhungen ein Ende gefunden. Den Vorsitzenden dieses Kollegiums, Geh. Kommerzienrat Kopetzky und Dr. Gelpcke sowie seinen Mitgliedern Kommerzienrat Böhme, Paul von Mendelssohn-Bartholdy, Fritz Andreae, Kommerzienrat Dyrenfurth, Geh. Kommerzienrat Ernst Meyer, Geh. Regierungsrat Dr. Schwartz und Kommerzienrat Paul Herz, die in vorbildlicher Weise bei der Durchführung der Verordnung mitgewirkt haben, und deren sachverständigen, unermüdlichen und stets vom Geist strenger Sachlichkeit getragenen Mitarbeit es in erster Linie zu verdanken ist, daß die Durchführung der Verordnung möglich gewesen ist, hat der preußische Handelsminister den Dank und die Anerkennung der Staatsregierung zum Ausdruck gebracht. Dabei konnte hervorgehoben werden, daß dank der ehrenamtlichen Betätigung der Mitglieder des Beirates und der Mitwirkung der Berliner Handelskammer und ihres Syndici die Fülle der zu bewältigenden Arbeit geleistet werden konnte, ohne daß Staatsmittel für persönliche oder sachliche Aufwendungen erforderlich gewesen sind.

Aufhebung der argentinischen Exportzuschläge für Wolle und Häute.

DA. Buenos-Aires, 3. Nov. In Uebereinstimmung mit dem argentinischen Finanzministerium hat die Kommission für Zölle den sehr wichtigen Beschluß gefaßt, unverzüglich die Exportzuschläge für Wolle, desgleichen für gesalzene Häute, aufzuheben. Dieser Beschluß wird voraussichtlich dem argentinischen Woll- und Häuteexport nach Europa großen Aufschwung geben und zur reichlicheren Versorgung der europäischen Märkte mit beiden genannten Produkten wesentlich beitragen.

Metallnotierungen.

Berlin, 3. Nov. Preis für 100 Kilogramm Raffinadekupfer 98—99 Proz. 2150—2175 M, Original-Hüttenweichblei 865—875 M, Original-Hütten-Rohzink im freien Verkehr 940 bis 950 M, Remelted Plattenzink 620—630 M, Original-Hütten-Aluminium 98—99 Proz. in gekerbten Blöcken 3700—3800 M, Original-Hütten-Aluminium der Drahtwaren in Walzdraht 3800 bis 3950 M, Zinn (Banca, Straits, Billiton) 7400—7500 M, Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) 7200—7300 M, Reinnickel (98—99 Prozent 4700—4900 M, Antimon (Regulus) 1000 M, Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilogramm 1480—1490 M, Elektrolytkupfer 2753 M.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 3. November. Der in den Devisenkursen nach der gestrigen starken Steigerung eingetretene Rückschlag, sowie in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nach Pressemeldungen vorgesehenen Maßnahmen, wie zum Beispiel die frühere Einziehung des Reichsnotopfers haben heute auf die Unternehmungslust der Börse zum Teil etwas dämpfend gewirkt und auf manchen Märkten etwas Realisationsneigung und infolge dessen Kursabschwächungen hervortreten lassen. Die Kursbildung war unregelmäßig und unterlag bei stillerem Geschäft vereinzelten Schwankungen, doch blieben Rückgänge gegen gestern in der Mehrzahl. Diese betrugen für die tonangebenden Montan-, Farb-, Elektro- und Valutawerte 10 bis 15 Prozent und vereinzelt etwas darüber. Feste Haltung wies aber der Bankenmarkt bei mäßigen Kurserhöhungen auf. Sehr lebhaft waren die Umsätze bei Kurserhöhungen um ungefähr 40 Prozent in Dynamit- und Anglo-Guano-Aktien und auch einige andere im Großverkehr gehandelten Industriepapiere verzeichneten mäßige Kursbesserungen. Petroleumwerte behaupteten ihren Kursstand. Von Valutapapieren waren zumeist einige Kolonialwerte und mexikanische Anleihe im Kurse etwas abgeschwächt, sonst zeigten Anlagewerte keine wesentlichen Veränderungen. Dem Wahlsieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten in den Vereinigten Staaten steht die Börse zunächst abwartend gegenüber.

Devisenkurse.

Berlin, 3. November

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berlin nach vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2377,50	2382,40	2432,55	2437,45
Brüssel-Antwerpen	518,35	518,65	531,95	533,05
Christiania	1068,95	1071,05	1093,95	1097,10
Kopenhagen	1078,9	1081,10	1078,90	1081,10
Stockholm	1510,95	1514,05	1544,95	1547,05
Helsingfors	175,30	176,80	175,80	176,20
Italien	282,20	282,80	292,20	292,80
London	269,70	270,30	274,45	275,05
New York	77,25½	77,45½	79,92	80,08
Paris	489,50	490,50	501,95	503,05
Schweiz	1214,75	1217,25	1261,20	1263,80
Spanien	1068,90	1071,10	1103,85	1106,15
Wien (alles)	19,98	20,02	20,72	20,78
Deutsch-Oest. abgest.	23,97	24,03	23,32	23,68
Prag	85,65	85,85	85,65	86,35
Budapest	15,68	15,72	15,98	16,02
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 3. November. Im freien Produktenverkehr behaupteten sich für Speiseerbsen seitens der Verkäufer von auswärts die hohen Forderungen, aber die Verbraucher verhalten sich noch immer abwartend. Nach Futtererbsen, Peluschken, Ackerbohnen und Wicken, sowie Lupinen und Seradella besteht andauernd gute Kauflust. Raps und Rübsen setzten bei spärlichem Angebot erneut höhere Preise durch. Die bereits gestern nachmittag seitens der Fouragehändler, Mühlen und landwirtschaftlichen Genossenschaften für Mais gezahlten höheren Preise behaupteten sich heute. Wetter schön und kalt.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 3 November.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—315	290—315
„ „ kleinere	222—255	220—255
Futtererbsen	180—195	180—195
Linsen	400—480	400—480
Peluschken	175—186	170—184
Ackerbohnen	166—193	175—193
Wicken	150—175	150—172
Lupinen, blaue	80—90	80—90
„ gelbe	105—115	105—115
Seradella, alte	78—90	75—85
„ „ neue,	100—118	100—118
Raps	510—515	500—505
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	410—450	410—450
Mohn	650—720	650—720
Sonnenblumenkernsaat	250—270	230—270
Hirse, inländisch u. ausländisch	—	—
Trockenschnitzel	80—86	78—83
Tormelasse	70—71	69—70
Weizenkleie, lose	33—35	31—35
Kleie	40—41, 0	40—41
Stroh, Hachsel-preßt	25—27	25,50
„ gebündelt	23—24,00	23—24,00
Roggen-Langstroh	—	—
Mais, loko Hamburg, Bremen	—	—
„ per	203—205	—
Kartoffeln, kontiert	—	—
Reis, frei Kaimage, Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Bohnen per	9,40	—
Burmareis, 14 tägig per	106,—107	—
Salzgurken, per loko	—	—
Runkelrüben	8,50—9,50	8,50—9,50
Möhren, rote	15,50—17	15,50—17
„ gelbe und weiße	14,50—15	14,50—15

⊙ **Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges. Berlin** nimmt auf ihrem Werke in Reinsdorf die Herstellung pharmazeutischer Artikel, insonderheit von Urethanen auf.

Preisermäßigung auf eiserne Holzschrauben. Die Preise für eiserne Holzschrauben wurden mit Wirkung ab 29. d. M. wie folgt ermäßigt: für die Stärken bis 3 Millimeter einschließlich um etwa 36 Proz. und von 3,5 Millimeter an aufwärts um etwa 22 Prozent.

Ausbau des Zigaretten-Rohtabak-Konzerns des Orients. Unter der Firma Levante, Devisen-Akt.-Ges. in München wurde mit einem Grundkapital von zunächst 4 Mill. Mark, dessen Erhöhung auf 20 Mill. Mark geplant ist, eine neue Aktiengesellschaft zum Zwecke des Ausbaues des großen Zigaretten-Rohtabak-Konzerns des Orients gegründet, dessen Organisation sich bereits über ganz Europa und Amerika erstreckt. Die Gründung beabsichtigt zunächst die Vermittlung der Devisen und Sortengeschäfte für Zwecke des Konzerns, zu dem eine Anzahl schweizerische, holländische, belgische, italienische und türkische Firmen mit Niederlassungen in verschiedenen Städten des Orients, sowie die Levante-Tabakhandels-Gesellschaft m. b. H. in München gehören.

Steigende Einfuhr deutscher Farbstoffe nach England. Der englische Handelsminister erklärte, daß die Einfuhr deutscher Farbstoffe in ständigem Steigen begriffen sei.

Industrieller Kapitalbedarf. Die Beanspruchung des Geldmarktes seitens der Industrie durch Ausgabe von Aktien und Obligationen zeigt für den Monat Oktober geringere Ziffern als für den Vormonat, der eine besonders starke Obligationenausgabe gebracht hatte. Die von der Bankfirma Stenger, Hoffmann & Co. Kommanditgesellschaft, Berlin, herausgegebene Statistik zeigt im einzelnen (sämtlich nom.) 511 Mill. (im September 443 Mill.) Stammaktien, 80 Mill. (13 Mill.) Vorzugsaktien und 61 Mill. (374 Mill.) Obligationen, somit eine Gesamtbeanspruchung von 652 Mill. Mark gegen 830 Mill. im September, 674 Mill. im August und 606 Mill. im Juli d. J.

Der Thyssensche Einfluß bei der Friedrichshütte. Die Generalversammlung der Friedrichshütte setzte die sofort zahlbare Dividende auf 25 Prozent fest und wählte als Vertreter der Thyssen-Gruppe August Thyssen, Hans Thyssen und Dr. Schub neu in den Aufsichtsrat. Die Thyssen-Gruppe ist damit mit vier Mitgliedern in dem 8 Mitglieder zählenden Aufsichtsrat vertreten. Diese Gruppe soll etwa die Hälfte des Aktienkapitals der Friedrichshütte besitzen.

Harpener Bergbau-Akt.-Ges. in Dortmund. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 12 Prozent fest. Neu in den Aufsichtsrat wurde Direktor Pferdmenges gewählt. Ueber die Geschäftslage des Werkes wurde von Generaldirektor Vergrat Kleine mitgeteilt, daß das neue Geschäftsjahr bisher ohne Störung verlaufen sei. Trotz der weiteren Verminderung der Leistung sei infolge der Vermehrung der Belegschaft die Förderung langsam und stetig gestiegen. Das Ergebnis des Juli sei befriedigend. Die Uebernahme einer für Juni und Juli vom Reiche gewährten Lohnerhöhung von 4,50 Mark pro Mann und Schicht vom 1. August ab auf die Gesellschaft machte sich natürlich erheblich bemerkbar und werde durch die Ermäßigung in den Preisen für verschiedene Materialien nicht ausgeglichen. Die vom 1. Oktober ab festgesetzten Lohnerhöhungen betragen für die Harpener Bergbaugesellschaft monatlich rund 6 Mill. Mark. In Anbetracht der Beanstandung der vom Reichskohlenverband und vom Reichskohlenrat genehmigten Kohlenpreiserhöhung durch das Reichswirtschaftsministerium erscheint es der Verwaltung unmöglich, sich über den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres zu äußern.

Stadtfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg Akt.-Ges. in Stadtfurt. Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre laut Bericht einen Bruttogewinn von 5,26 (i. V. 0,86) Mill. Mark. Unkosten erforderten 2,49 (0,55) Mill. Mark, zu Abschreibungen wurden verwendet 0,20 (0,05) Mill. Mark, so daß sich einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 2,61 (0,31) Mill. Mark ergab, woraus bekanntlich eine Dividende von 30 (16) Prozent zur Ausschüttung gelangt. Zum Neuvortrag gelangen 635 005 (44 692) Mark. In der Bilanz sind bewertet Bankguthaben mit 2,34 (1,35), Schuldner mit 3,95 (0,57), Bestände mit 1,60 (0,36) und Buchschulden mit 8,02 (0,88) Mill. Mark. Von der Gewerkschaft Ludwig II wurde eine Ausbeute von 1000 (200) Mark pro Kux gezahlt.

Stolberger A.-G. für feuerfeste Produkte (vorm. Rud. Keller.) Die Gesellschaft erzielte in dem am 30. Juni 1920 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 589 841 Mark (i. V. 528 169 Mk.), woraus 40 Proz. (i. V. 25 Proz.) Dividende verteilt werden.

Mitteldeutsche Creditbank. In der Aufsichtsratssitzung wurde der Abschluß für das erste Halbjahr 1920 vorgelegt. Umsätze und Erträgnisse haben sich befriedigend entwickelt, naturgemäß sind auch die Unkosten erheblich angewachsen.

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Akt.-Ges. Die Gute Hoffnungshütte erwarb gemeinsam mit Kramer-Klatt die Aktienmehrheit des Unternehmens.

+ **Wagengestellung.** Auf den Stationen des Direktionsbezirks Halle (Saale), den Stationen der Lausitzer, Zschipkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzer Bahn sind am 2. Novbr. zur Verladung von Braunkohlen, Braunkohlen-Briketts, Naßpreßsteinen und Braunkohlenkoks gestellt 5245, nicht gestellt 1810 Wagen zu je 10 To. Ladegewicht.

Berliner Börse

vom 3. November 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:			
4% Disch. Schatzsch VI—IX	72,75	Chem. Griesheim	393,50
5% Disch. Reichsanl.	77,10	Chem. Heyden	510,00
4% „ „	67,25	Consolidation Schalk	725,00
3½% „ „	58,70	Cröllwitzer Papierfbk	320,00
3% „ „	86,25	Daimler Motoren	249,87
4% Preuß. Konsols	82,30	Deutsche Luxemburg	461,00
3½% „ „	62,20	Deutsche Treuhandgesellschaft	—
3% „ „	50,80	Deutsche Erdöl	1150,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	91,60	Deutsche Gasglühl.	1950,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Kali	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl	100,80	Deutsche Waffen und Mun.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	96,50	Donnersmarckhütte	458,50
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	96,50	Döring & Lehrmann	488,00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Dürrkoppwerk	203,00
4½% Dessauer Gas Obl.	92,25	Engelhardt-Brauerei	800,00
Ausländ. Werte:		Elberfelder Farben	384,00
4% Oesterr Kronenrente	21,75	Felten & Guillaume	455,00
4% Unger. Goldrente	24,25	Gasmotoren Deutz	—
4% Unger. Kronenrente	24,50	Gebhard & Co.	250,00
Eisenbahn-Aktien:		Gebhard & König	680,00
Halberst.-Blankenb.	70,50	Gelsenkirchen Berg.	—
Halle-Hettstedter	—	Glauziger-Zuckerfbk	396,00
Schentungubn	630,00	Hallesche Maschfbk.	625,00
Allg. Lokal-Str.	105,75	Hamm. Masch.	754,00
Gr. Berl. Str.	113,00	Harpener Berg	508,00
Magdeburger Sir.-B.	138,00	Hasper Eisen	450,00
Prinz-Heinrich-B.	—	Hirsch Kupfer	—
Schiffahrts-Aktien:		Höchster Farbwerke	446,00
Hambg. Paketfahrt	198,50	Hoesch Eisen u. Stahl	449,50
Hambg. Südamerika	281,00	Hohenlohe Werke	687,00
Hansa-Dampfschiff.	325,00	Humboldt Masch.	269,50
Nordd. Lloyd	187,50	Ilse Bergbau	274,50
Bank-Aktien:		Kahla Porzellan	436,00
Bank f. Thür	180,00	Keliw. Aschersleben	586,00
Berl. Handelsges.	228,00	Körbisd. Zucker-Akt.	506,00
Commerz-Diskontobank	193,00	Kyffhäuserhütte	—
Darmstädter Bank	175,00	Lahmeyer & Co.	274,00
Dessauische Landesbank	—	Lauchhammer	450,00
Deutsche Bank	331,00	Laurahütte	389,75
Diskonto-Comm.	239,00	Linke & Hofmann	499,75
Dresdner Bank	221,00	Ludwig Loewe & Co.	412,00
Leipzig. Credit-Anst.	182,00	Lothringer rumm.	420,00
Mitteld. Kreditbank	173,00	Mannesmannröhren	—
Mitteld. Privatbank	183,50	Masch.-Fabr. Buckau	442,00
Nationalbank	189,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	300,00
Oesterr. Kredit	83,25	do. Caro Hag.	335,00
Reichsbank	171,75	do. Kokswerke	630,00
Industrie-Aktien:		Orenstein & Koppel	435,00
Schultheiss-Brauerei	—	Phönix Berg	617,00
Akt. f. Anilin	473,00	Rhein. Metall-Vorz.	338,00
Allgem. Elektr. Ges.	334,00	Rhein. Stahlwerken	516,00
Ammendorfer Papierfabrik	760,00	Riebeck. Monten.	—
Anhalter Kohlenw.	344,00	Rombacher Hütten	297,50
Annaberger Steingut	—	Rositzer Braunk.	424,00
Badische Anilin	685,00	Rositzer Zucker	340,00
Bergmann Elekt. Akt.	289,00	Sangerhäuser Masch.	710,00
Berl. Masch.-Bau	385,00	Hugo Schneider A.-G.	347,00
Bismarckhütte	712,00	Schuckert & Co.	313,50
Bochumer Gußstahl	538,00	Siemens & Halske	—
Chem.-Fabr. Buckau	423,75	Stettiner Chamo.	445,00
		Stettiner Vulkan	315,00
		Stollberger Zinkh.	—
		Strels. Spielkarten	—
		Thale-Eisenhütte	1038,00
		Triptis Porzellan	—
		Türk. Tabakregie	1020,00
		Ver. Köln-Rottweiler	429,00
		Ver. Glanzstoff	779,00
		Wegelin & Hübner	—
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	995,00
		Wittener Gußstahl	100,00
		Wrede Mälzerei	—
		Zeitzer Masch.	—
		Zellstoff Waldhof	619,00
		Otavi-Minen	509,00
		Siehr u. Co.	870,00
		Zimmermann, Halle	180,00
		Zimmermann, Chemnitz	250,00

Tendenz: schwächer.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 3. November 1920.

Chemnitzer Bankverein	184,50	Mansfelder Kuxe	4910,00
Leipziger Hypoth. Bank	152,00	Geisinger Kuxe	950,00
Mitteld. Privatbank	182,00	Pittler, Leipzig	430,00
Cröllwitzer Papierfabk.	325,00	Prenzlitzer Stamm-Akt.	150,00
Glauziger Zuckerfabk.	610,00	„ Priorit.-Akt.	200,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	150,00	Riebeckbier	—
Hallesche Zuckerfabk.	398,00	„ Vorzugs-Akt.	127,00
„ Zementfabk.	153,00	Rositzer Zuckerfabk.	338,00
Hugo Schneider, Paunsd.	349,75	Rudelsburger Zementfabk.	155,00
Körbisd. Zuckerfabk.	—	Sachsenwerk	464,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	425,00	Sondermann u. Stier	254,00
Leipziger Malzfabrik	150,00	Siehr u. Co.	570,00
		Zimmermann, Halle	180,00
		Zimmermann, Chemnitz	250,00

Verantwortlich i. d. polit. Teil: Gustav Jacob Margella; für den örtlichen Teil, für provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Henchmanger, Vermischtes, Sport usw. Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wilde. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201104015/fragment/page=0004